

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

53 (3.3.1908)

bestimmt
und diskon
on Effekte
Dividenden
olen neuer
h von In
dergl., Ein
n Wechsell
kenkapital
lagen auf
Abgabe vor
unter leih
ise und mit
und offen
unter voller
Gesetzes,
rank fächer
tpapieren,
bestimmt,
Mister.

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pf., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag
F. B. Bruderei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Residenz, Legte Post, Feuilleton und Unterh.-Beilage: A. Weichmann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Ein enthüllter Anschlag auf das Koalitionsrecht.

Der eigentliche Zweck des Reichsvereinsgesetzes, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu durchbrechen, ist in der Sitzung der Reichstagskommission vom 29. Februar offen zutage getreten.

Der antisemitische Abgeordnete Graf beantragte, das Verbot der nichtdeutschen Versammlungsversammlungen durch die Zustimmung zu mildern, daß „in Versammlungen, in denen von dem in § 152 der Gewerbeordnung genannten Verionenzentren ausschließlich die dort bezeichneten Zwecke erörtert werden“, auch nichtdeutsche Verhandlungssprachen gestattet sein sollten. Durch diese Bestimmung sollte bewirkt werden, daß das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht jener Arbeiter, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, wenigstens einigermaßen gewahrt bleibe.

Gegen diesen Antrag des Abg. Graf wendete sich der Vertreter der Regierung, der Unterstaatssekretär Wermuth, Herr Wermuth bestätigte alles, was wir gleich nach dem Erscheinen dieser Blockvorlage über ihre eigentliche Absicht behauptet haben.

Der Vertreter der Regierung beschäftigte sich in seiner Antwort ausschließlich mit den Verhältnissen der Industriegebiete, namentlich Rheinland-Westfalens. Es bestreite die Gefahr, daß die polnische Ausdehnung sich auch auf rein deutsche Gebiete erstreckt, und dagegen sei Abhilfe durch den § 7 erforderlich.

Die preussische Regierung vertreibt die polnische Bevölkerung von der polnischen Scholle. Findet sie aber dann die Leute, die doch irgendwohin müssen, auf deutschem Gebiet, so verlangt sie Ausnahmegesetze gegen die Ausdehnung der Polen.

Die rheinisch-westfälischen Industriearbeiter locken durch ihre Agenten zehntausende polnische Arbeiter nach dem deutschen Westen und befürworten dann eine Knebelung dieser Arbeiter, die ihnen, mit dem Rechte, sich ihrer Muttersprache zu bedienen, auch das Koalitionsrecht nehmen soll.

Man macht die ausländischen Arbeiter, die man massenhaft ins Land zieht, durch Legitimationszwang und Ausweisungspraxis zu willenlosen Sklaven. Dies geschieht im Interesse der Landwirtschaft. Man will auch die landarbeitenden preussischen Staatsbürger, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, zu solchen willenlosen Sklaven machen, indem man sie gewaltsam verhindert, ihre gemeinsamen Erwerbsangelegenheiten miteinander zu beraten. Das geschieht „im Interesse der Industrie“.

Gier wie dort handelt es sich um die künstliche Züchtung eines europäischen Kulkulturs, das die Ware deutsche Arbeiterschaft im Preise drücken und den deutschen Arbeitern in ihren Lohnkämpfen das Rückgrat brechen soll. Das nennt man „Schutz der nationalen Arbeit in Stadt und Land“. Die Gefahr des Reichsvereinsgesetzes bedroht keineswegs die Gegenden allein, in denen jetzt schon eine starke polnische Arbeiterschaft vorhanden ist. In dem Augenblick, in dem es gelungen sein wird, dem polnischen Arbeiter die Fänge auszureißen, und ihn zu einem stummen Automaten im Dienste des Kapitals zu machen, wird er das gesuchteste Handelsobjekt des ganzen deutschen Arbeitsmarktes sein. Keine Gegend und kein Bundesstaat ist dann vor ihm sicher! Die deutschen Arbeiter hätten weder ein Mittel, solche Schädlinge aufzuklären, noch selbst ein eigentliches Recht, die armen Teufel zu bekämpfen, die gegen ihren Willen vom preussischen System zu Streikbrechern kastriert wurden.

Sozialdemokratie und Zentrum werden den § 7 ablehnen; er wird fallen, wenn sich der Freisinn mit ihnen zu einer Abwehrmehrheit zusammenschließt. Es ist aber noch ganz unsicher, welche Haltung der Freisinn bei der entscheidenden Abstimmung im Plenum einnehmen wird. Wie wir hören, soll ein Teil der freisinnigen Abgeordneten in dieser Frage zuverlässig sein; er will sich durch keinen Fraktionszwang zur Annahme einer Bestimmung verleiten lassen, die dem bürgerlichen Liberalismus einen unauslöschlichen Makel für alle Zeiten anheften würde. Es ist aber auch kein Geheimnis, daß es in den Reihen des Freisinns ebenso einflußreiche wie gewissenlose Bülowagenten gibt, die die Regierung in ihrer Absicht, auf dem § 7 zu bestehen, noch bestärkt haben. Sie

haben damit ein Handwerk getrieben, das selbst einigen sonst durchaus blocktreuen Freisinnführern zu schmutzig war.

Es ist also noch gar nicht abzusehen, welches Ende dieser gefährliche Handel nehmen wird. Wichtig für die Entscheidung wird die Haltung der süddeutschen Volkspartei sein und ebenso der Grad der Energie, mit welchem das Zentrum dem Kampf der Sozialdemokratie gegen die geplante Arbeiterentrechtung unterstützen wird. Ob der Block getrümmert auf das Koalitionsrecht der Arbeiter niederfallend, oder selbst in Trümmer gehen soll, das wird im Kampfe um § 7 des Vereinsgesetzes entschieden werden.

Vor sechzig Jahren.

Wachsende Aufregung in Hessen.

Rheinheffen, 3. März. Ganz Hessen ist in Bewegung. Ueberall sind Adressen an die Ständekammer im Gange, die wie in Baden durch große Züge der Bewohner selbst nach Darmstadt gebracht werden. Am gestrigen Tage haben die Mainzer, etwa 500 Personen stark, den Anfang gemacht. Morgen erscheint Worms. An demselben Tage wahrscheinlich auch die Kantone Lorsch, Pfeddersheim und Osthofen. Wo diese Züge auf ihrer Durchreise ankommen, werden sie mit Enthusiasmus aufgenommen. Die Adressen zirkulieren in Tausenden von Exemplaren im ganzen Lande. Der Abgeordnete Reh stellte heute den Antrag auf „Beseitigung des seitherigen Systems“. Unsere Truppen sind sämtlich einberufen, eine Bürgerbewaffnung, wie in Baden, steht bevor. Der Erlaß des Bundesrats hat nicht befriedigt. — Nachricht: Soeben verbreitet sich das Gerücht von der Entlassung unseres Ministers. (Köln. Ztg.)

Deutsche Politik.

Ein Vorbote des 18. März.

Die Märzfeier dieses Jahres, die dem Wahrechtskampfe gewidmet sein soll, ist vom Blockfreisinn würdig eingeleitet worden — durch eine Denunziation. Am Samstag lief Herr Müller-Sagan im Abgeordnetenhaus herum, und verbreitete die Sensationsnachricht, daß die Sozialdemokratie für den 18. März „einen Generalstreik angeordnet“ habe. Am Abend darauf schrieb er in seine „Freisinnige Zeitung“ und jammerte, „eine Unzahl wirtschaftlicher Existenzen“ sollte „in Gefahr gebracht“ werden — „ohne Aussicht auf irgendwelchen politischen Erfolg“.

Es gehört zur ewigen Sitanei des Herrn Müller und seiner „Freisinnigen Zeitung“, von allem, was die Sozialdemokratie im Wahlrechtskampf getan hat, und was möglicherweise tun könnte, zu sagen, es habe „keine Aussicht auf irgendwelchen politischen Erfolg“. Das ist der Normalmittel, der den Arbeitern bei jedem Schritt zwischen die Beine gesteckt wird. Herr Müller weiß zwar nicht immer, was er redet — das beweist der gegenwärtige Fall — er weiß aber schon immer im voraus, was zu tun ist, um der Arbeiterschaft Schaden zuzufügen. Diesmal hegt er die Arbeitgeber, denen er ja auch sein Geschichtchen verdankt, auf ein etwaiges Arbeitsverhältnis am 18. März am Tage der Feier der bürgerlichen Revolution, als Tarifbruch und Kriegsfall zu behandeln. So ist Herr Müller-Sagan. Man braucht ihn um sein Geschäft nicht zu beneiden, und es gibt wohl auch nicht viele, die es tun!

Wem nützt der Bloß? Freisinnige Bloßblätter schreiben jeden Tag, wenn der Bloß in Stücke gehe, dann „triumphiere die Reaktion“. Dieser Ansicht tritt jetzt die nationalliberale „Dortmunder Zeitung“ kräftig entgegen, indem sie erklärt, daß die Konservern am Bestehen des Bloßs das größte Interesse haben. Und daß sie recht hat, ist vollständig klar, sonst würden ja die offenbaren Agenten des Junkertums, die Kopsch, Fischbeck, Pachnide usw. nicht so krampfhaft am Bloß festhalten.

Gegen den Arbeitskammergesetzentwurf

der Reichsregierung nahm die dritte Abteilung der beim bayerischen Ministerium des Innern errichteten Zentralstelle für Handel, Industrie und Gewerbe Stellung. Der Referent, christlicher Arbeitersekretär Oswald, übte an dem Gesetzentwurf scharfe Kritik, besonders an dem Wahlverfahren, und machte den Vorschlag für eine andere Zusammenfassung in den Arbeitskammern, wobei für das Handwerk, Landwirtschaft, See- und Binnenwasserfahrt, sowie Staats- und Kommunalbetriebe Vertreter gefordert werden. Genosse Segitz erklärte, daß der Entwurf keine brauchbare Grundlage bilde, auf der gearbeitet werden könne, und trat für strikte Ablehnung ein. Die Abstimmung ergab die Ablehnung von Arbeiterkammern mit

den Stimmen der Vertreter der freien Gewerkschaften und Handwerkskammern, eines christlichen Vertreters und des Münchener Vertreters der kaufmännischen Organisation, der auch den Technikerverband mit vertrat, gegen die Stimmen der Girsch-Dunderschen Vertreter und des christlichen Arbeitersekretärs Oswald. Genosse Segitz hatte Grundzüge für ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter und Arbeiterkammern ausgearbeitet, die mit großer Mehrheit angenommen und der Regierung als Material überwiesen wurden.

Fort mit der geistlichen Schulaufsicht.

In Württemberg wird seit dem Scheitern der letzten Volksschulnovelle durch die erste Kammer, was bekanntlich dann die Verfassungsrevision veranlaßte, die Frage nach der Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht lebhaft diskutiert. Und es muß zur Ehre selbst der beteiligten Geistlichen gesagt werden, daß aus ihren Reihen viele Stimmen laut geworden sind, die die Trennung für geboten und angemessen ansehen. So äußerte sich kürzlich der Dekan Uhl-Neuenbürg im Kirchlichen Anzeiger u. a. folgendermaßen:

Wahr ist und bleibt: die Schule verbannt der Kirche viel, und die Kirche verbannt der Schule viel, aber die Zeit ist gekommen, da die Schule nicht mehr die Wagn der Kirche sein soll, die Kirche aber auch nicht mehr der Polizeibediener der Schule sein darf.

Wenn auch der Geistliche dies damit begründet, daß die Kirche alle Kräfte brauche, um das „Evangelium“ so zu verkünden, daß der Strom der immer mehr erstarkenden Berberensmächt daran sich wie an einem Damm breche, so scheint das nur ein Grund mehr für die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht zu sein; die Diener der Kirche können sich dann ganz ihrer Aufgabe widmen und der Schule auch die ihrigen lassen, womit nur alle Beteiligten einverstanden sein können.

Ein christlicher Mordschwindel vor Gericht. Vor einigen Monaten ging durch die christliche Presse die Schauerzählung, in Schweinfurt habe ein Sozialdemokrat einen Mordversuch gegen den christlichen Arbeitersekretär und Zentrumsabgeordneten Schwarz geplant gehabt und sei nur durch seine Verhaftung an der Ausführung der Tat verhindert worden. Die Sache ist jetzt vor dem Schweinfurter Landgericht zur Verhandlung gekommen. Der Attentäter, der Fabrikarbeiter Trütschel, war wegen Widerstands, Unfug, Beleidigung der Polizei angeklagt. Er hatte sich im Dezember abends in das Restaurant „Drei Lilien“ begeben, in dessen oberen Lokalitäten die Christlichen gerade eine Festlichkeit abhielten, und angeblich nach dem Abgeordneten Schwarz gefragt, der aber gar nicht anwesend war. Später sah man wie der schwer betrunkene Trütschel einen Revolver zu laden versuchte. Man wollte ihm die Waffe abnehmen, wobei er sich heftig widersetzte, so daß er verhaftet werden mußte. Am nächsten Tage ließ man ihn wieder frei. Er begab sich neurechters in die „Drei Lilien“ und machte wiederum Skandal, weil die Kellnerin ihm angeblich zu wenig Geld herausgegeben hatte. Abermals verhaftet, leistete er Widerstand und beschimpfte die Polizei. Das Gericht verurteilte ihn zu 7 Monaten Gefängnis. Von dem „sozialdemokratischen Mordplan“ ergab sich keine Spur eines Beweises. Trütschel leidet an Säuferwahn und weiß häufig nicht, was er tut. Es liegt gar kein Anhaltspunkt vor, daß hinter seiner Nachfrage nach dem Abg. Schwarz eine böse Absicht stecke, wahrscheinlich beabsichtigte er, mit Schwarz nur wegen Eintritt in die christliche Gewerkschaft zu verhandeln, nachdem er kurz vorher aus der freien Gewerkschaft ausgeschlossen worden war.

Ausland.

Frankreich.

Die Bilanz der „Humanitee“. Die letzte Nummer der „Humanitee“ bringt die Bilanz des Verlags für das Jahr 1907. Danach ist immer noch ein Verlust von 105 000 Franken. Wenn aber die Entwicklung des Blattes so weiter geht, dann ist zu hoffen, daß das Defizit bald verschwinden wird. Das Verlustkonto ist im Laufe des letzten Jahres immer geringer geworden. In den ersten 6 Monaten betrug der Verlust 73 000 Franken, im zweiten Halbjahr jedoch nur rd. 32 000 Fr. Auch wenn man die letzten 6 Monate von 1907 im einzelnen betrachtet, ergibt sich eine ständige Abnahme. Während der Verlust im Juni noch 9500, im August 8500 Franken betrug, reduzierte sich derselbe bis zum Monat Dezember auf nur 796 Franken. Es steht also zu hoffen, daß die „Humanitee“ bald ohne Verlust wirtschaften kann.

Kroatien.

Der erste Sozialdemokrat gewählt. Am 27. Februar begannen in Kroatien die Wahlen für den Landtag. Soweit die Resultate bis jetzt bekannt, haben sie eine vernichtende Niederlage des Banus gebracht; bis jetzt sind nur ungarfeindliche Abgeordnete gewählt. In Agram wurde

einflussweil fast überall noch verhindert, ungünstig beein...
Trotzdem ergibt sich beim Vergleichen der Vermittlun...

Was eine Handelskammer konstatiert

Die Handelskammer in Konstanz sprach sich in ihrer jüngsten Plenarversammlung gegen die Errichtung von Arbeits- und Industriekammern aus, da ein Bedürfnis nicht vorliegt.

Was würde die Konstanzer Handelskammer sagen, wenn eine Gewerkschaftsorganisation durch Beschluss zum Ausdruck brächte: Ein Bedürfnis zur Errichtung von Handelskammern liegt nicht vor.

Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse.

Table with 3 columns: Item, January 1908, January 1907. Items include Kartoffeln, Weizenmehl, Roggenmehl, Brot, Schenfleisch, Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch, Butter, Milch, Eier.

Invalidenversicherung im Januar 1908. Bei der Landesversicherungsanstalt Baden sind im Monat Januar 410 Rentengutachten eingereicht und 332 Renten bewilligt worden.

Bis Ende Januar 1908 sind im ganzen 60 284 Renten (10 257 Alters-, 47 958 Invaliden- und 2069 Krankrenten) bewilligt bzw. zuerkannt worden.

Literatur.

Der Klassenkampf des Proletariats. Eine kleine Bibliothek für den denkenden Arbeiter. Unter diesem Titel erscheinen im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, eine Reihe von Abhandlungen, deren Verfasser der Genosse Karbus ist.

- 1. Der gewerkschaftliche Kampf. 2. Die kapitalistische Produktion und das Proletariat. 3. Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus. 4. Der Sozialismus und die soziale Revolution. 5. Der Ideenkampf gegen den Sozialismus.

Der Verfasser stellt sich zur Aufgabe, dem gewerkschaftlich wie politisch organisierten Arbeiter die theoretischen Grundzugen zu geben, die notwendig sind, um sich ein selbständiges Urteil im Tageskampf der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu bilden.

Aus den Wigblättern.

„Euphemismus“.

Soll und Haben. „Außerdem hab' ich noch hundertunfzig Mark Schulden gemacht! — Wieso? — Ich bin halt einmalig allein auf d' Reboute gegangen.“ — „Das Geld kann dir leihn.“ — „Nanu? — Nun ja, weil ich halt auch a Paarcent allein auf der Reboute war.“

Der Lichtpunkt. „I find' dös schönste am Verheiratsein is allaweil no, daß ma amal nebenaus gehn kann!“

Der Hausfreund (heim Langen). „Dö erste Tour hot mei Mann, no ja, wissen's scho, weg'n Anstand! Aber nacha kommen gleich Sie, Herr von Schmuski, wie immer.“

Automobilverkehr in Baden. Am 1. Jan. 1908 waren im Großherzogtum 843 Motorräder und 722 Automobile vorhanden, gegenüber 596 Rädern und 521 Wagen am 1. Jan. 1907.

Deutscher Reichstag.

(118. Sitzung.)

* Verlesung, 2. März.

Der Alterspräsident Abg. v. Winterfeldt-Menklin begehrt heute seinen 85. Geburtstag. Präsident Graf Stolberg erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Genannten die Glückwünsche des Hauses auszusprechen.

Die Beratung der Gewerbe-Novelle wird fortgesetzt. Abg. Enbers (frj. Vp.) begrüßt die Vorlage über die Haus- und Heimarbeit und bespricht die Verhältnisse in seiner Heimat Sonnenberg mit seiner Spielwarenindustrie.

Abg. Burdhardt (w. Vg.) erklärt, in der Zigarren-Hausindustrie seien die Löhne unaufröhmlich, so namentlich auch in Ravensberg, obwohl dort die Löhne nicht niedrig seien, als in anderen kleinen Fabriken, wie er gegenüber dem Abgeordneten Geher ausdrücklich feststelle.

Abg. Naumann (frj. Vg.) führt aus: Für die Hausindustrie sei typisch die Herstellung billiger und unter dem Durchschnitt liegender Waren. Die Löhne in der Hausindustrie seien fast überall niedriger als in der Fabrikarbeit.

Abg. Schiffer (Zentr.) regt Heimarbeit-Ausschüsse an, einen zehnstündigen Maximal-Arbeitsstag auch für männliche Arbeiter und vermehrt in der Vorlage eine weitere Verfürzung der Arbeitszeit von Frauen an Tagen vor Sonn- und Feiertagen.

Abg. Eberling (nfl.) begrüßt die erfreuliche Aufnahme, die die Vorlage im allgemeinen gefunden hat. Redner schildert die Verhältnisse in der Hausindustrie im Kreisfelder Bezirk. Die Vorlage müßte in der Kommission noch so geändert werden, daß sie den Lebensbedürfnissen der Arbeiter entspreche.

Abg. Günther (frj. Vp.) meint, die vorliegende schwierige Materie lasse sich nicht auf einmal regeln. Würde man die Heimarbeit abschaffen, so wären schwere wirtschaftliche Erschütterungen unausbleiblich.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Behauptung, daß wir die Heimarbeit vernichten wollen, ist vollkommen unrichtig. Wir bekämpfen lediglich die Ausbeutung der Heimarbeit.

gierung vorgeschlagenen Mittel zur Beseitigung der Mißstände in der Heimarbeit bedeuten: Waschen, ohne sich dabei nah zu machen. Die Vorlagen sind ganz für die Unternehmer zugeschnitten und das ist ja auch kein Wunder, wenn man nur die Arbeitgeber hört, die Arbeiterorganisationen aber nicht fragt.

Abg. Erzberger (Zentr.) nimmt die Berliner Heimarbeit-Ausstellung gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie tendenziös gewesen sei. Für eine Beseitigung der Heimarbeit könne er nicht eintreten und durch die Abschaffung der Heimarbeit in der Zigarrenindustrie werde man nur der Zigarrensteuer den Weg ebnen.

Darauf wurden die beiden Vorlagen einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Dienstag 1 Uhr: zweite Lesung des Etats des Innern. Schluß: 6 Uhr.

Aus der Partei.

Agitation im Jahre 1907.

Der Bericht des Landesvorstandes sagt über dieses Kapitel:

Zur Unterstützung der Agitation hat der Landesvorstand durch verschiedene von den vom Parteivorstand herausgegebenen Agitationsbroschüren bestellt. Diese wurden ebenfalls auf Kosten der Landeskasse beschafft. Es kamen zur Verbreitung 10 000 Exemplare „Nieder mit den Sozialdemokraten“, 10 000 Exemplare „Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung“, 5000 Exemplare „Vorkwärts“ hat der Landesvorstand auch 180 Stück der Broschüre, betitelt: „Bühnen der bürgerlichen Parteien“, bezogen.

Geschäftliche Tätigkeit des Sekretärs. Nach dem Bericht waren zu verzeichnen: Eingänge 800 Briefe und Karten, diverse Pakete und Frachtpausungen.

Der Bildungsausschuß der Partei hat vor einigen Tagen in Berlin eine Sitzung abgehalten, in der er zunächst wiederum den Genossen Hugo Heiman-Verlin zu seinem Vorsitzenden wählte.

Die Schaffung eines Rednerverzeichnis hat der Bildungsausschuß nach längerer Beratung abgelehnt. Dagegen soll die Zusammenstellung von Musterkatalogen für Bibliotheken nach Möglichkeit beschleunigt werden. Im Zusammenhang damit soll später die Organisation von Wanderbibliotheken erörtert werden.

Die Schaffung eines Rednerverzeichnis hat der Bildungsausschuß nach längerer Beratung abgelehnt. Dagegen soll die Zusammenstellung von Musterkatalogen für Bibliotheken nach Möglichkeit beschleunigt werden. Im Zusammenhang damit soll später die Organisation von Wanderbibliotheken erörtert werden.

Gewerkschaftliches.

Tarifvertrag. Die Vorstehenden des süddeutschen Maler- und Tischlermeister-Verbandes der Landesverbände Baden, Hessen, Pfalz und Rheinpfalz tagten in Mannheim gemeinsam mit den zuständigen Gefellenvertretern der Bezirke 2 und 6.

Die Bauausperrung in Süddeutschland beginnt! Nachdem sich die in Heidelberg gepflogenen Unterhandlungen infolge der Echarfmacherdiktatur der Unternehmerorganisation zerfallen, wurde den Arbeitern allgemein gekündigt, so daß die Leute von Montag ab ausgesperrt sind.

Sturm im Bauarbeitergewerbe. Im Berliner Gewerkschaftshause tagte am Sonntag die Konferenz des Zentralverbandes der Maurer, Böttelburg und Silbermann sprachten über die gegenwärtige Situation im deutschen Baugewerbe und führten aus, daß die baugewerblichen Arbeiter Berlins und ganz Deutschlands am 1. April ds. J. vor einem Kampfe ständen, wie er bisher in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nicht zu verzeichnen sei.

Wir gehen jetzt wieder politisch regeren Zeiten entgegen, in denen sich die Gruppenversammlungen als sehr nützlich erweisen werden; deshalb ist es dringend nötig, daß jetzt schon mit den Vorbereitungen („Volksfreund“-Gaus-Organisation) begonnen wird.

Die Varietés.

Colosseum. Ein vorzügliches Programm hat die Direktion zum diesjährigen Fasching zusammengestellt. Als Einleitung tritt Fräulein Balli Maranoff, in welcher wir eine reizende, elegante Soubrette kennen lernen, auf.

Neues vom Tage.

Zum Allensteiner Mord.

Allenstein, 2. März. Hauptmann v. Goeben hat seinen Selbstmord durch Öffnen der Halsschlagader verübt.

Ob weh, Herr Untersuchungsrichter!

Der „Berliner Lokalanzeiger“ erzählt folgende nette Geschichte: Bekanntlich gelang es vor kurzem der Kriminalpolizei, eine Geldschrank-Einbrecherbande nach langen Nachforschungen zu ergreifen.

Wie bei der Berliner Polizei, die die meisten Schwerverbrecher nicht erwischen kann, scheint man auch hier mit politischen „Verbrechern“ zu viel zu tun zu haben.

Frankfurt a. M., 2. März. Im Hause Sandhofstraße 24 spielte sich am Samstag Abend gegen 9 Uhr eine Eifersuchtszene ab, die ein Mordanschlag forderte.

Wiesbaden, 2. März. Wie der „Rhein-Kurier“ meldet, erschoss sich gestern hier ein Soldat des 80. Infanterieregiments. Der Tote ist ein 23 Jahre alter verheirateter Lehrer.

Potsdam, 2. März. In einem Steinbruch bei Hochdorf wurden neun Arbeiter verunglückt. Zwei blieben tot, mehrere wurden verletzt.

Stettin, 2. März. Wie die „Stettiner Abendpost“ aus Schwedt a. O. meldet, wurde auf dem Gute des Herrn Neumann in Honsberg bei Schwedt eingebracht und der ganze Inhalt des Geldschanks, etwa 40 000 Mk., gestohlen.

Neuwied, 2. März. In Tampa (Florida) sind fünf große Zigarrenfabriken und 300 andere Häuser niedergebrannt.

Die Lawingefahr.

Junnsbrunn, 2. März. Alle Ortschaften im Walbertal sind wegen Schneerutschungen vom Verkehr abgeschnitten. Die Bewohner der Ortschaft Horn sind wegen Lawingefahr gefährdet.

Im Hotel zum Goppenstein befanden sich, als die Lawine niederging, etwa 30 Personen beim Abendessen. Als der Donner der Lawine ertönte, nahm der Arzt Dr. Boffus aus Genf seine junge Frau schützend in die Arme.

Sehenswertes im Rheinhafen. Am Freitag ist eines der größten Rheinschiffe im hiesigen Hafen eingetroffen. Das Schiff hat den Namen „Eben-Ezer II“, gehört dem Schiffer L. J. van der Rotterdam, ist 97 Meter lang, 12 Meter breit und hat einen Tiefgang von 2,77 Meter.

Beim Tanzen den Fuß gebrochen. In der Nacht zum 1. März erlitt ein hiesiger verheirateter Geschäftsmann einen Unfall dadurch, daß er beim Tanzen in der Festhalle zu Fall kam und den linken Fuß brach.

Die vermeintlich verloren gegangene Brieftasche mit 1000 Mark. Die Brieftasche hat sich in einem Geschäft in der Nähe der Kniebühne verloren, vorgefunden und wurde dem Eigentümer wieder ausgefolgt.

Ein hiesiger Bädermeister wurde schon viele Jahre her beschuldigt, daß er trotz Fleiß und Sparsamkeit seine Vermögen nicht finden konnte. Schließlich kam ihm der Verdacht, daß er die Diebin in seiner Wotausträgerin, der Frau des Dienstmannes, die schon 14 Jahre bei ihm beschäftigt war, gefunden habe.

Nach Ansicht Sachverständiger wäre das Unglück von Goppenstein nicht durch eine Lawine, sondern durch einen Pfahl herbeigeführt worden. Die Gesamtlänge der Bergungsläden beträgt 23. Sie wurden alle ausgefunden. Tot sind 11, darunter ein Senkerarzt, ein amerikanischer Monteur, der Zeichner, der Rechnungsführer und der Magaziner der Bauunternehmung.

Der Kranenwärter Gandini allein brachte den verwundenen Hilse. Im Krankenhause erhob sich eine Kanak. Die Kranken wollten das Spital sofort verlassen und nur der Geistesgegenwart des Wärters gelang es, sie zurückzuhalten.

Die kritische Lage in Marokko. Brüssel, 2. März. Der Pariser Korrespondent des „Petit bleu“ berichtet, daß in der gestrigen Ministerkonferenz die Minister sich geeinigt haben. Das System der Entsendung kleinerer Truppenverstärkungen nach Marokko soll aufgegeben werden.

Der Pariser Korrespondent des „Petit bleu“ berichtet, daß in der gestrigen Ministerkonferenz die Minister sich geeinigt haben. Das System der Entsendung kleinerer Truppenverstärkungen nach Marokko soll aufgegeben werden.

Letzte Post.

Das Schicksal des Vereinsgesetzes.

Berlin, 2. März. Die Vereinsgesetz-Kommission kam heute zu einer Entscheidung über den § 7. Zunächst wurde der polnische Antrag über die Auslegung des Wortes: deutsch mit den 15 Blockstimmen gegen die 12 Stimmen des Anti-Blocks abgelehnt.

Die Nationalliberalen und die Dreiklassenwahlrecht.

Berlin, 2. März. Der Zentralvorstand der national-liberalen Partei beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung in der Hauptsache mit der preussischen Wahlreform.

Die Folgen der Enteignung der Polen.

Breslau, 2. März. Sofort nach Annahme der Enteignungsvorlage im Herrenhause wurde die gesamte deutsche und preussische Untertanenschaft, welche in der Dombrower Niederung (Ruffisch-Polen) wohnt, mittels Drohbrieft die nationalen Arbeiterverbandes aufgefordert, das polnische Königreich sofort zu verlassen.

Die Angst vor dem „Landesverrat“.

Paris, 2. März. Die Äffäre des Oesterreichers Krumholz, der unter der Beschuldigung, die Geheimnisse des französischen leibbaren Ballons ausspioniert zu haben, festgenommen worden war, hat jetzt ihren Abschluß gefunden.

Der Nazi-Skandal.

Rom, 2. März. Nazi ist entschlossen, gegen das Urteil des obersten Gerichtshofes Berufung einzulegen, um Zeit zu gewinnen. Er hofft, bis zum zweiten Prozeß seine Gefängnisstrafe bereits verbüßt zu haben.

Täglich neue Mordwaffen.

London, 2. März. Wie verlautet, hat die englische Admiralität den Bau eines neuen Panzerdampfers verfügt, das zur Klasse der Schiffe ohne innere Feuerung gehört und ohne Kamin sein wird.

Rom, 2. März. Infolge günstiger Vegetation der Kruppischen Geschütze durch die Untersuchungs-Kommission hat der neue Kriegsminister die Krupp-Werke angewiesen, den Auftrag, der suspendiert worden war, zu erledigen.

Einrichtungen und kein Ende.

Petersburg, 2. März. Die wegen eines Anschlages auf den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch und auf den Justizminister zum Tode verurteilten 7 Terroristen wurden heute Morgen hingerichtet.

Großer Ausstand der amerikanischen Eisenbahner? London, 2. März. „Daily News“ veröffentlicht einen längeren Artikel über die Ausstandsgefahr in den Vereinigten Staaten. Das Blatt verzeichnet das Gerücht von einem angeblichen Generalstreik.

Die kritische Lage in Marokko.

Brüssel, 2. März. Der Pariser Korrespondent des „Petit bleu“ berichtet, daß in der gestrigen Ministerkonferenz die Minister sich geeinigt haben. Das System der Entsendung kleinerer Truppenverstärkungen nach Marokko soll aufgegeben werden.

Paris, 2. März. Nach der gestrigen Abend hier eingetroffenen Meldung des Generals Lamade über den neuen Zusammenstoß der französischen Kolonnen mit den Marokkanern, dauerte der Kampf von Morgens 8 Uhr bis Sonnen-Untergang.

Paris, 2. März. Nach der gestrigen Abend hier eingetroffenen Meldung des Generals Lamade über den neuen Zusammenstoß der französischen Kolonnen mit den Marokkanern, dauerte der Kampf von Morgens 8 Uhr bis Sonnen-Untergang.

Vereinsanzeiger.

- Karlstr. 6. (Jugendorganisation.) Morgen, Mittwoch keine Versammlung. 914
Durlach. (Soz. Verein.) Kommanden Donnerstag, abends punkt halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im „Schwanen“. Tagesordnung: 1. Beratung der Entwürfe zum Parteitag. 2. Verichterstattung über die letzte Bürger-versammlung. Referent: Genosse Gultab Steinbrunn. Wegen bestehender wichtiger Tagesordnung erwartet vollzähliges Erscheinen. 112 Der Vorstand.
Bruchsal. (Gewerkschaftskarte.) Mittwoch, 4. März, Kartell-sitzung. Vollzähliges Erscheinen notwendig. 913 2 Der Vorstand

Seite 4. Schranke und... 10000... 2 Stimmen... 8. März... Notiz über... 1908, worin... mülte die... Wirklich... terrierteter... nach dem... dachung des... zu jeder... f. bemessen... noch nicht... würde, wenn... läßt sich... hoch die... die Ber... dings die... (den) er... erwerblichen... von 50 000... uf von 32... uerbestener... erabteilung... nach der... Pf. (bisher... n werden... mlageloses...) Umlagen... sich aller... ist nämlich... wird dies... Verhält... nicht be... Kranken... stand für... Kosten die... 1908 wieder... Bezüge der... 000 Mark... werden und... t. Auch... Gehalts... rage von... d Tilgung... schlag ein... 1903er An... gerechnet... hensmittel... ferner... städtischen... abfertigung... vorgelesen... städtischen... n 863 121... er Steuer... rung von... inden tritt... in wie im... ter u n g... nd in den... der Ge... teigen der... Tendenz... und eine... gaben -... Verschle...

